Beim Kraftwerk in Wettingen wird Aushubmaterial in die Limmat gekippt. SANDRA ARDIZZONE

Per Mausklick zum Baugesuch

Online Eine Baubewilligung lässt sich bald elektronisch beantragen. Verwaltungen sollen insgesamt digitaler und damit günstiger werden

VON MANUEL BÜHLMANN

In neun Schritten sollen im Aargau künftig Baugesuche samt der nötigen Pläne online eingereicht werden können. «eBau Aargau» heisst das Angebot, das den Baubewilligungsprozess elektronisch ermöglicht. Ab Ende Oktober steht dieser Service in Möhlin, Aarburg sowie Endingen zur Verfügung. Die Pilotgemeinden arbeiteten von Beginn weg an der Entwicklung mit, konnten dabei ihre Wünsche einbringen. «Ein Gesuch einzureichen, wird einfacher und weniger aufwendig», sagt Projektleiterin Sabine Reichen. Dazu kommt: Der Stand des Verfahrens kann jederzeit online mitverfolgt werden. Ob die Gesuche in Zukunft auch online aufgelegt werden, wodurch ein Besuch auf der Verwaltung hinfällig würde, ist den Gemeinden überlassen.

Moderne statt Steinzeit

Die elektronische Baubewilligung ist eines von mehreren Angeboten, die Aargauer Verwaltungen den Bürgern digital bereitstellen wollen. Noch ist der Handlungsbedarf gross, wie sich kürzlich am Infoanlass E-Government Aargau in Aarau zeigte. Raymond Tellenbach, Vorstand der Gemeindeammänner-Vereinigung, fand klare Worte: Die meisten Verwaltungen seien in der Steinzeit geblieben – «Doch der Anschluss ist möglich.» Digitaler soll auch die kantonale Verwaltung werden. Zwei bis drei Millionen sind dafür von 2019 bis 2021 pro Jahr eingeplant. Längerfristig soll sich das Engagement auszahlen. Beim Kanton erhofft man sich dadurch einen Beitrag zur Entlastung der angespannten finanziellen Lage.

Dass die digitalen Angebote ein Bedürfnis sind, zeigt sich beim Projekt eUmzug: Seit der Einführung Mitte August haben über 400 Personen ihren Umzug digital gemeldet. Das Potenzial ist noch deutlich grösser. 110 000 Umzüge werden im Aargau pro Jahr registriert. Das soll sich auch in den Benutzerzahlen von eUmzug niederschlagen. Ein Drittel bis die Hälfte der Umzüge sollen künftig elektronisch gemeldet werden, nannte Gérald Strub, E-Government-Beauftragter Gemeindepersonal Fachverbände, am Informationsanlass in Aarau als Ziel.

Einige Gemeinden warten ab

Das System funktioniere gut, die Rückmeldungen seien bislang positiv, sagte Michelle Scheidegger, Leiterin der Einwohnerkontrolle in Mellingen. Schwierig wird es allerdings dann, wenn die aktuelle Wohngemeinde der Zuzüger noch nicht am System angeschlossen sind. Deshalb gilt: Je mehr Verwaltungen beteiligt sind, desto besser. Doch auf der Liste mit jenen Verwaltungen, die sich bereits oder bald an eUmzug beteiligen, sind längst nicht alle der 213 Aargauer Gemeinden aufgeführt.

In Obersiggenthal beispielsweise bestehen derzeit keine Pläne zur Einführung von eUmzug. Auf Anfrage sagt Gemeindeschreiber Anton Meier: «Wir warten bewusst ab, wie sich das Projekt entwickelt.» Er begründet diesen Entscheid einerseits mit den Kosten, die dadurch entstünden, und andererseits mit technischen Vorbehalten, die es noch zu lösen gebe. Ob und wann Obersiggenthaler ihre Umzüge elektronisch melden können werden, ist deshalb noch offen. Auch die Bruggerinnen und Brugger werden Umzüge frühestens ab kommendem Jahr, vielleicht auch erst später online melden können. Stadtschreiberin Yvonne Brescianini nennt als Hauptgrund andere IT-Umstellungen im laufenden Jahr. Allerdings seien auch noch gewisse Fragen offen, etwa zum Kosten-Nutzen-Verhältnis. Man wolle noch genauer wissen, welche finanziellen Folgen eine Teilnahme hätte.

250 Franken pro Jahr

Auch beim elektronischen Baubewilligungsprozess eBau wird eine Beteiligung aller Gemeinden angestrebt. Die Investitionen werden vom Kanton bezahlt, der Kredit für das ganze Projekt liegt bei 700 000 Franken. Die Betriebskosten sind bewusst tief gehalten und werden auf alle Verwaltungen verteilt, die eBau einführen. Würden alle Gemeinden mitmachen, beliefen sich die jährlichen Kosten für sie auf durchschnittlich 250 Franken.

Projektleiterin Sabine Reichen sagt: «Das Angebot entspricht einem Bedürfnis der Bauherren und Planer. Deshalb gehen wir davon aus, dass ein Grossteil der Gemeinden dabei sein wird.» Bis allerdings im ganzen Kanton Gesuche per Mausklick eingereicht werden können, wird es noch dauern. Nach den drei Pilotgemeinden sollen im Verlauf des nächsten Jahres etappenweise die übrigen Verwaltungen folgen.

Wieso Kies von der Hallen-Baustelle den Fischen mit dem Nachwuchs hilft

Wettingen In der Limmat findet sich kaum mehr Sand und Kies. Das sogenannte Geschiebe wird durch die Stauhaltung der Kraftwerke zurückgehalten, was die Fische vor Schwierigkeiten stellt: Sie brauchen den Kies, um ihren Laich ablegen zu können. Unterhalb des vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) betriebenen Kraftwerks in Wettingen werden dieser Tage 2000 Kubikmeter Aushubmaterial in die Limmat gekippt. Das Material stammt von der nahen Baustelle der neuen Dreifachsporthalle der Kantonsschule auf der Klosterinsel. Dieses Vorgehen habe drei Vorteile, schreibt der Kanton in einer Mitteilung: «Sehr kurze Transportwege, keine Ausbeutung von Kiesgruben und tiefere Projektkosten.»

Das Problem betrifft viele Wasserkraftwerke. Deren Betreiber sind durch das Gewässerschutzgesetz verpflichtet, den Geschiebehaushalt zu sanieren. Nach Wettingen folgen flussabwärts die Kraftwerke Aue, Oederlin, Kappelerhof, Schiffmühle, Turgi, Gebenstorf und Stroppel, bei denen mehrheitlich ebenfalls Handlungsbedarf besteht. Diese Anlagen sind in den nächsten fünf bis zehn Jahren an der Reihe. Insgesamt sollen im Kanton Aargau bis 2030 über 60 Kraftwerke in Bezug auf das Geschiebe und die Fischgängigkeit saniert werden. (MBÜ)

Wie der Kies in die Limmat geschüttet wird, im Video: http://azm.li/KiesFisch2809

Offene Fragen zum Flugzeugabsturz

Grosser Rat Jeanine Glarner verlangt von der Regierung Antworten zum Anschlag auf die Swissair-Maschine 1970 in Würenlingen.

Nach einer Explosion stürzte ein Flugzeug der Swissair in Würenlingen ab. 47 Menschen starben. Zum Absturz vom 21. Februar 1970 verlangt FDP-Grossrätin Jeanine Glarner Antworten von der Aargauer Regierung. «Dieses Ereignis ist bis heute der grösste Terroranschlag, den die Schweiz je erlebt hat», schreibt die FDP-Grossrätin in ihrer Interpellation. «Obwohl die Namen der Attentäter bekannt sind, kommt es nie zu einer Anklage.» Historikerin Jeanine Glarner schreibt weiter, die Hinterbliebenen hätten bis heute keine Gerechtigkeit erfahren. Sie will unter anderem wissen, was der Regierungsrat unternimmt, damit die Vorgänge lückenlos geklärt werden können.

Glarner geht in der Begründung ihrer Interpellation auch auf die Enthüllungen über ein mögliches Geheimabkommen zwischen Bundesrat und palästinischer Befreiungsorganisation (PLO) ein. Anfang 2016 bat die Aargauer Regierung den Bundesrat um eine Untersuchung. Die eingesetzte Interdepartementale Arbeitsgruppe fand allerdings keine Hinweise auf ein Abkommen. Glarner hält die Übungsanlage aus wissenschaftlicher Sicht für «zumindest fragwürdig». Sie stört sich unter anderem daran, dass nicht unabhängige Historiker eingesetzt worden sind, und will von der Regierung wissen, ob sie mit der Arbeitsgruppe zufrieden ist.

Ausserdem weist die freisinnige Grossrätin darauf hin, dass mittlerweile ein Dokument des FBI aufgetaucht ist. Deshalb verlangt sie auch eine Antwort auf die Frage, ob der Regierungsrat der Meinung sei, dass das Verfahren deswegen von der Bundesanwaltschaft strafrechtlich neu aufgerollt werden muss. (MBÜ)

INSERAT